

16.01

**Abgeordnete Mag. Michaela Steinacker** (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Bundesminister! Hohes Haus! Geschätzte Mitbürgerinnen und Mitbürger! Mein tiefstes Mitgefühl gilt der Familie, den Angehörigen und den Freunden nach diesem tragischen Vorfall am Brunnenmarkt. Ich verstehe die Sorgen und die Trauer der Betroffenen. Ich verstehe die Fragestellungen, die sich auch mir aufdrängen: Hätte man die Tat verhindern können? Was ist vorher konkret passiert? Hat es Fehler gegeben? Doch mit Wut lassen sich die Fragen nicht beantworten.

Herr Bundesminister! Du hast in dieser Situation einen kühlen Kopf bewahrt und hast sofort eine Untersuchungskommission eingesetzt, die Soko Brunnenmarkt. Diese wird nun unter richterlichem Vorsitz prüfen, ob es im Vorfeld zu dieser Bluttat behördliche Versäumnisse gegeben hat. Danke für deine rasche Reaktion!

Unsere Erwartungshaltung hier im Hohen Haus ist, dass die Soko völlig unabhängig arbeitet und die Thematik ergebnisoffen diskutiert wird. Ich habe da großes Vertrauen in die detaillierte Aufarbeitung, und ich erwarte mir Aufschluss über konkrete mögliche Handlungsoptionen, natürlich auch gesetzlicher Natur, so sie dort aufgezeigt werden.

Herr Bundesminister! In der Beantwortung der Dringlichen Anfrage hast du wieder einmal gezeigt, dass du nicht nur ein ausgezeichneter Jurist und Strafrechtsexperte bist, sondern dass du auch ein lösungsorientierter Minister bist, der die Aufarbeitung ohne alle Tabus in den Raum gestellt hat und gleichzeitig eine ganzheitliche Sicht dargestellt hat. Es gilt nun, die Schnittstellen zwischen Justiz, Polizei und auch anderen Bereichen wie den Gesundheitsbehörden genau zu durchleuchten. Das Ziel muss klar sein: Straffällige dürfen im Sicherheitsnetz der Behörden nicht durchrutschen. Sie müssen festgemacht werden.

Wir brauchen daher eine noch bessere Vernetzung. Der Informationsfluss zwischen den Behörden muss ungehindert und direkt sein. Es gilt hier, technische Möglichkeiten, die es nunmehr gibt, in dieser modernen Zeit auch zu verwenden. Wir haben durch diesen Anlassfall in der wahrscheinlich folgenden gesetzlichen Veränderungsphase die Möglichkeit, auch Chancen zu nutzen.

Danke für den Satz, ein „Ich bin nicht zuständig“ darf es in Zukunft nicht geben. – Ich glaube, das sagt alles. Wir müssen der Polizei, der Kripo, alle geeigneten Mittel in die Hand geben, damit sie sowohl die Straftaten entsprechend gut erfassen kann, aber auch bezüglich der Täter die richtigen Maßnahmen veranlassen kann.

Meine Damen und Herren, jede Straftat ist eine zu viel. Um qualifiziert dagegen vorgehen zu können, muss ganzheitlich gedacht und auch gehandelt werden. Wir haben auch gestern diskutiert, dass Innenminister Sobotka und unser Justizminister zum Thema „Mehr Sicherheit für Österreich“ ein ganzes Bündel an Maßnahmen geschnürt haben: Schubhaft schon bei erstinstanzlicher Verurteilung von Fremden; sofortige DNA-Abnahme bei Beschuldigten und Verdächtigen bei **allen** Sexualdelikten und nicht wie bisher nur bei Vorsatztaten ab einer Strafdrohung von einem Jahr, und eine Meldeverpflichtung für Verdächtige bei allen Sexualdelikten.

Meine Damen und Herren, das ist ganz wichtig für die Sicherheit und den Schutz insbesondere der Frauen in Österreich.

Unsere Antwort muss folgende sein: Wir alle als verantwortungsvolle Politiker in Österreich haben die Pflicht und Schuldigkeit, zu reagieren und mitzuwirken, dass die Handlungsempfehlungen der Sonderkommission und die konkreten Vorschläge, die ich mir erwarte, raschestmöglich in den gesetzlichen Rahmen gegossen und Verbesserungen geschaffen werden. Allfällige Fehler und Versäumnisse der Vergangenheit müssen aufgearbeitet werden und dieser angehören.

Wir haben im letzten Nationalratsplenum gemeinsam die Verschärfung des Suchtmittelgesetzes beschlossen, die Strafdrohung angehoben und den Suchtmittelmissbrauch im öffentlichen Raum stärker unter Strafe gestellt. Das ist unsere neue verbesserte Waffe gegen Drogendealer und gegen diese Gefahren rund um die U6-Stationen und auch um Gegenden wie den Brunnenmarkt. Ganz klar: Wir haben gehandelt. Problem erkannt, rasche Koordinierung mit dem BMI und die Lösung auch gesetzlich umgesetzt.

Zur angesprochenen Änderung im Jugendgerichtsgesetz in der Dringlichen Anfrage lassen Sie mich noch kurz Folgendes sagen: Strafrecht gilt gleichermaßen für alle, für Ausländer und für Inländer. Bei schweren Taten landen auch Jugendliche und junge Erwachsene gleich in Untersuchungshaft. Nichtsdestotrotz haben wir insgesamt mit den Anpassungen im Jugendgerichtsgesetz Jugendlichen in Österreich bessere Chancen eingeräumt, bessere Chancen insbesondere auf Resozialisierung. Dazu stehe ich, meine Damen und Herren, und ich halte es auch insgesamt für den richtigen Weg. *(Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Aus Fehlern muss man lernen, egal, wo sie passieren. Wir hier im Hohen Haus, wir haben es selbst in der Hand, zu gestalten. Arbeiten wir unter Hochdruck an den Lösungen und an den Verbesserungen für uns

alle – auch wir sind Bürger dieses Landes –, aber vor allem für unsere Bürgerinnen und Bürger. – Danke schön. *(Beifall bei ÖVP und SPÖ.)*

16.06

**Präsidentin Doris Bures:** Nächster Redner: Herr Abgeordneter Mag. Steinhauser. – Bitte.